

Bürgermeister gibt Häuser zum Abriss frei

Seit fast einem Jahr hängt In Diekirch ein Projekt für den Bau neuer Sozialwohnungen in der Schwebel. Grund war der Einspruch des „Service des sites et monuments“ gegen den Abriss von fünf alten Gebäuden. Jetzt handelt der Bürgermeister.

Auf eine diesbezüglichen Frage des DP-Rates Claude Ansay klärte der Bürgermeister Claude Haagen am Montagabend den Gemeinderat über seine Entscheidung auf.

Vor mehr als einem Jahr trat die „Société nationale des habitations à bon marché“ (SNHBM), Besitzer der fünf implizierten Häuser in der rue Muller-Frommes, der rue Dr. Albert Mambourg und der rue des Fleurs, an die Gemeindeverwaltung mit dem Wunsch heran, die fünf Häuser, in denen Sozialwohnungen eingerichtet sind, abzureißen und an deren Stelle neue Wohnungen für denselben Zweck zu errichten.

Die fünf Gebäude aus den 40er Jahren waren während der Besatzungszeit im Krieg auf Befehl Adolf Hitlers errichtet worden, um günstigen Wohnraum zu schaffen. Nach Jahrzehnten der Nutzung befinden sich die Gebäude wegen der damals verwendeten Baustoffe in einem sehr schlechten Zustand, und eine Renovierung lohnt sich nicht.

Daraufhin beschloss die SNHBM den Neubau von Wohnungen nach heutigen Standards an gleicher Stelle und stellte einen Antrag zum Abriss der alten Häuser.

Einspruch

Dies brachte wiederum den „Service des sites et monuments“ auf den Plan, der Einspruch gegen den Abriss der Häuser einlegte. Danach geschah fast ein Jahr lang nichts, und es wurde auch vonseiten des Ministeriums keine Entscheidung darüber getroffen, ob die Häuser nun als Denkmal geschützt werden oder nicht.

Jetzt hat Bürgermeister Claude Haagen beschlossen, den Abriss der fünf Häuser zu genehmigen. Seine Entscheidung stütze sich, so Claude Haagen, auf einen ähnlich gelagerten Fall in Diekirch, wo er als Bürgermeister per Gerichtsurteil aufgefordert worden sei, sich an das derzeit gültige Bautenreglement zu halten und eine Abrissgenehmigung zu erteilen. Dieses Urteil sei im Oktober gesprochen worden und somit ganz aktuell. Gegen die Abrissgenehmigung kann noch während drei Monaten Einspruch erhoben werden.

e-Movin'

In Bezug auf die gemeindeeigenen Museen und kulturellen Einrichtungen möchte Diekirch in Zukunft verstärkt professionell vorgehen. Hintergrund war eine Frage des CSV-Rates Paul Bonert wegen einer zu besetzenden Stelle im Kultur- und Geschichtsmuseum der Stadt.

In Sachen „e-Movin'“, dem Car- und Bike-Sharing-Projekt der Nordstad, war zu hören, dass auch in Diekirch die e-Bikes nun bestellt seien. Mit dieser Entscheidung haben nun zwei Gemeinden (Diekirch und Ettelbrück) die Fahrräder erworben. Colmar-Berg hatte gegen den Kauf der Räder und Ladestationen gestimmt, da es unzufrieden mit den Betreibern des Projektes, CityMov', sei.

Bis Juni 2015 soll das Projekt „e-Movin“ noch in seiner ersten Phase laufen. Gegen die Verlängerung stimmten die beiden Vertreter der DP. Beteiligt an diesem Pilotprojekt sind alle Gemeinden der Nordstad außer Erpeldingen.

Die Bauarbeiten am Wehr an der Sauer im Sektor „Al Schwemm“ kommen voran. Es wird mit Sommer nächsten Jahres gerechnet, bis die neue Fußgängerbrücke über den Fluss benutzt werden kann.

Sobald diese Arbeiten beendet seien, würden an einer weiteren Fußgängerbrücke dringende Renovierungsarbeiten aufgenommen. Die Kosten sollen sich auf rund 280.000 Euro belaufen.

Vandalismus

Auch Diekirch hat mit Vandalismus zu kämpfen. Nun sollen Kameras auf dem Schulhof helfen, die Zerstörung der dort aufgestellten Spiele und Geräte zu unterbinden. Die Idee einer Ausweisung von zusätzlichen, neuen Freizeitflächen für die Bürger auf den Höhenlagen rund um die Stadt muss leider wegen der regelmäßig vorkommenden Fälle von Vandalismus und Vermüllung der bestehenden Orte abgeschlagen werden, bedauerte der Bürgermeister. Es sei sogar zu illegalen Autorennen in einem über Diekirch gelegenen Waldstück gekommen, wusste Claude Haagen weiter zu berichten. Dies alles seien keine guten Voraussetzungen für die Schaffung neuer Freizeitflächen.

Ohne Diskussionen wurde der Haushalt des interkommunalen Sozialdienstes der Nordstad angenommen. Für das kommende Jahr ist Diekirch mit einem Betrag von 147.063 Euro daran beteiligt.

(Olivier Halmes/Tageblatt.lu)